

## "Beispiellose Politik für das eigene Klientel"

Dienstag, 7. Dezember, 15:25 Uhr

**dapd**  
nachrichtagentur

**Berlin (dapd). SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier will CDU und FDP im Bundestag zu ihren Parteispenden befragen. Steinmeier sagte am Dienstag in Berlin, die schwarz-gelbe Koalition habe das Jahr "mit einer beispiellosen Politik für das eigene Klientel" begonnen - der Mehrwertsteuersenkung für Hotelbetreiber. Genauso ende das Jahr auch.**

Der SPD bezog sich auf einen Bericht des "Handelsblatts" über eine Spende von 75.000 Euro von einem großen deutschen Finanzanleger im Juli an die FDP. Weitere Spenden in Höhe von 65.000 Euro seien im August und von 60.000 im November von derselben Adresse an die FDP gegangen. Im August sei zudem eine Spende von 200.000 Euro vom selben Absender an die CDU gegangen.

Der Chefvolkswirt dieses Anlegers habe jeden Verdacht zurückgewiesen, dass die Spenden mit der Politik der Bundesregierung und dem Dank dafür zu tun haben könnten, berichtete Steinmeier. Aber ein kleiner Nebensatz sei verräterisch: "Wenn der Volkswirt sich im 'Handelsblatt' zitieren lässt mit dem Satz, dass er allerdings Sorge habe, dass der Anlegerschutz von der Politik übertrieben werde."

Die SPD werde deswegen im Bundestag kritische Fragen stellen, welcher Zusammenhang zwischen diesen Spenden auf der einen Seite und der Politik der Bundesregierung auf der anderen Seite bestehe, kündigte Steinmeier an. Er appellierte an die Journalisten: "Ich kann Sie nur bitten, solche Themen nicht gering zu schätzen, nicht zu kleinzureden. Spenden in dieser Größenordnung an nur wenige Parteien und dann noch an die, die gegenwärtig für die Politik Verantwortung tragen, das verschiebt demokratische Willensbildung."

Laut "Handelsblatt" handelt es sich bei den Spendern um die Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) und ihre Tochtergesellschaft Allfinanz. Sie hätten die Zahlungen auch bestätigt. Die DVAG sei ein "Traditionsspenden", habe es bei der FDP geheißen. Die Regulierung des Finanzsektors und Spenden an die Regierungsparteien stünden "in keinem Zusammenhang", erklärte die CDU dazu.

dapd

[Artikel versenden](#)

[Mit anderen teilen](#)

[Drucken](#)